

Der Brand nach der Meuterei

Vier Menschen sterben in iranischer Haftanstalt

ISTANBUL - Mit einem Großbrand und einer Schießerei im berüchtigten Hochsicherheitsgefängnis Ewin in Teheran hat der Konflikt im Iran eine neue Qualität erreicht. Aktivisten warfen den Behörden vor, sie hätten am Samstagabend den Brand gelegt, bei dem mindestens vier Menschen starben. Im Ewin-Gefängnis sitzen viele Regimekritiker ein, die bei den Protesten gegen die Regierung festgenommen worden waren. Experten verglichen den Brand mit Gewalttaten, die 1979 zum Sturz des Schahs und zur Errichtung der Islamischen Republik führten. Heute kämpfe das theokratische Regime ums Überleben.

Auf Videos in sozialen Netzwerken waren das Feuer in dem Gefängnis zu sehen und Schüsse und Explosionen zu hören. Die Staatsanwaltschaft erklärte laut der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA, es habe einen Aufstand von Insassen in einem Zellentrakt für „Banditen und Hooligans“ gegeben, in dessen Verlauf ein Lager mit Gefängniskleidung in Brand geraten sei. Vier Menschen seien an Rauchvergiftung gestorben, 61 wurden demnach verletzt. Keines der Opfer sei wegen politischer Delikte in Haft gewesen.

Das Feuer sei nach einigen Stunden gelöscht worden habe nichts mit den Protesten gegen die Regierung zu tun gehabt, meldete IRNA. Auch seien keine Häftlinge geflohen. Die Nachrichtenagentur Fars, die der Revolutionsgarde nahesteht, erklärte die Explosionen dagegen mit Fluchtversuchen. Die fliehenden Insassen seien in ein Minenfeld geraten.

Aktivisten bezweifeln die offiziellen Darstellungen. Die Menschenrechtlerin Atena Daemi, die selbst im Ewin-Gefängnis saß, schrieb auf Twitter, dass nach dem abendlichen Zählappell in der Haftanstalt niemand mehr in das Kleider-Lager gelangen könne. Nach Angaben anderer Aktivisten waren auf Videos zudem Geschosse zu sehen, die von außen auf das Gefängnisgelände gefeuert wurden und explodierten. Außerdem sei in dem Gefängnis noch geschossen worden, nachdem die Behörden den Gewaltausbruch für beendet erklärt hatten.

Vor der Haftanstalt riefen Demonstranten Parolen gegen Revolutionsführer Ali Khamenei, wie Aktivisten berichteten. Polizisten blockierten Zufahrtsstraßen.



Das Ewin-Gefängnis gilt als berüchtigt, viele Regime-Kritiker sitzen hier ein. Foto: AFP

Das Ewin-Gefängnis ist wegen der Miss-handlung von Insassen berüchtigt. Unter den politischen Häftlingen dort sind die Deutsch-Iranerin Nahid Taghavi und andere Doppelstaatler aus den USA, Großbritannien und Frankreich. Ob sie bei dem Brand und dem Feuergefecht im Gefängnis verletzt wurden, war am Sonntag ungewiss.

Omid Rezaee, ein iranischer Journalist in Deutschland, sagte dem Tagesspiegel, es gebe Hinweise auf eine Brandstiftung durch das Regime. Vor dem Feuer sei eine Gruppe von Regimeanhängern in das Gefängnis gebracht worden, vermutlich um die Regierungsgegner zu provozieren. Das Regime wolle sich als Bollwerk gegen drohendes Chaos präsentieren: „Wenn wir die Macht verlieren, brennt das ganze Land“, laute die Botschaft.

Auch Timur Kuran, Nahost-Experte an der Duke-Universität in den USA, sieht eine Eskalation durch den Gefängnisbrand. „Die Theokratie kämpft ums Überleben“, schrieb er auf Twitter. Das Ewin-Gefängnis stehe im Iran für die Unterdrückung durch das Regime, ähnlich wie die Bastille in Paris in der Revolution von 1789. Sollte sich herausstellen, dass politische Häftlinge im Ewin-Gefängnis ums Leben gekommen seien, könne das Regime fallen. Der Historiker Roham Alvandi von der London School of Economics verglich den Brand in dem Gefängnis mit einem Anschlag auf ein Kino im Süden Irans im Jahr 1978, der hunderte Menschen tötete und die Revolution gegen den Schah mit auslöste.

Hunderttausende Frauen und Männer protestieren seit einem Monat gegen die Regierung. Ausgelöst vom Tod der 22-jährigen Mahsa Amini in der Gewalt der Religionspolizei, haben sie sich von Protesten gegen den Kopftuchzwang zu einem Aufstand gegen das System der Islamischen Republik entwickelt. THOMAS SEIBERT

„Das Völkerrecht gilt nicht nur für Russland“

Jurist Kai Ambos über die möglichen Konsequenzen des Ukraine-Kriegs und die Doppelmoral des Westens

Herr Ambos, wie sind Angriffe mit Marschflugkörpern, Raketen und Drohnen auf offenbar zivile Ziele in ukrainischen Städten rechtlich zu bewerten, wie sie Russland ausgeführt hat?

Wenn es ausschließlich zivile Ziele sind und sich keine militärischen Objekte dort befinden, dann sind solche Angriffe völkerrechtswidrig. Strafrechtlich sind diese Angriffe dann als Kriegsverbrechen zu bewerten.

Wer zieht die Verantwortlichen für Kriegsverbrechen zur Rechenschaft?

Auf internationaler Ebene der Internationale Strafgerichtshof. Auf innerstaatlicher Ebene tut dies auch Deutschland jetzt sehr aktiv durch den Generalbundesanwalt. Nach meiner Information hat Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) nun noch mehr Mittel zugesagt, damit ein drittes Referat für Völkerstrafrecht in Karlsruhe eingerichtet werden kann.



Kai Ambos lehrt an der Uni Göttingen unter anderem Völkerrecht. Er ist Richter am Kosovo-Sondertribunal. Sein neues Buch heißt „Doppelmoral. Der Westen und die Ukraine.“

Macht Deutschland mutmaßlichen Täter nur dann den Prozess, wenn sie in Deutschland sind, oder auch dann, wenn sie sich beispielsweise in Moskau aufhalten?

Diese Frage wird im deutschen Völkerstrafrecht seit Inkrafttreten des Völkerstrafgesetzbuchs im Jahre 2002 und eigentlich auch schon davor diskutiert. Die eine Position sagt: Wir verfolgen die sogenannten völkerrechtlichen Kernverbrechen, zu denen Kriegsverbrechen gehören, auch dann, wenn sie im Ausland begangen wurden, und die Tatverdächtigen ausländische Staatsangehörige sind und sich nicht in Deutschland aufhalten. Dafür steht das so genannte absolute Weltrechtsprinzip. Die Gegenseite sagt: Das Weltrechtsprinzip gilt nicht uneingeschränkt, es muss einen Bezug zu Deutschland geben, zum Beispiel, indem der Verdächtige sich hier aufhält oder sein Aufenthalt zu erwarten ist. Letzteres ist die aktuelle Gesetzeslage. Es ist jedenfalls Konsens, dass Deutschland kein sicherer Hafen für Kriegsverbrecher und andere Völkerrechtsverbrecher sein darf.

141 von 193 UN-Mitgliedsstaaten haben am 2. März die Invasion Russlands in die Ukraine verurteilt, 143 am 12. Oktober die Annexion von ukrainischen Gebieten durch Russland. Steht die Welt geschlossen gegen den Völkerrechtsbruch Wladimir Putins?

Auf dem Papier sind es viele Staaten – die Annexion der Krim im Jahr 2014 hatten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen nur 100 Staaten verurteilt. Ich habe allerdings genauer untersucht, wie viele Staaten den Worten auch Taten folgen lassen und tatsächlich etwas gegen Russlands Angriffskrieg tun, das sind mit etwa 40 Staaten weit weniger. Das sind im Kern die Nato-Staaten (derzeit 30, noch ohne Finnland und Schweden) und

weitere Verbündete wie Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland. Aber die Schwellenländer und viele Länder im Globalen Süden machen nicht mit. Auch nicht die so genannten BRICS-Staaten, zu denen neben Russland auch Brasilien, Indien, China und Südafrika gehören. Die sind übrigens gemeinsam territorial und bevölkerungsmäßig größer als alle in der G7-Gruppe repräsentierten westlichen Industriestaaten zusammen, die ja für sich eine Führungsrolle, auch im Ukraine-Konflikt, in Anspruch nehmen.

Warum betonen Sie das?

Weil ich immer wieder höre und lese, die „Internationale Gemeinschaft“ verurteile Russland und verteidige die Ukraine. Wer genauer hinsieht, merkt schnell: Wir sind nicht die „Internationale Gemeinschaft“. Wir sind nur ein kleiner Teil dieser Welt, halten uns aber meist für deren Zentrum.

Woher kommt diese ganz andere Haltung der Schwellenländer im Süden?

Die Erinnerung an die Kolonialzeit spielt hier eine große Rolle, denken Sie an Demokratien wie Südafrika oder Indien, die ihre Neutralität sehr betonen, sich bei der genannten Resolution der Generalversammlung enthalten haben und erst recht Sanktionen gegen Russland strikt ablehnen. Die Unabhängigkeitsbestrebungen dieser Länder wurden im Kalten Krieg meist von der Sowjetunion unterstützt, kaum aber von den westlichen Staaten, die ja selbst Kolonialstaaten waren.

Aber Russland versucht doch gerade, die Ukraine mit Gewalt zu einer Kolonie zu machen. Warum stehen da ehemalige Kolonialopfer nicht auf der Seite der ukrainischen Opfer?

Schon die Sowjetunion war eine imperiale Macht, Russland ist es noch immer oder wieder. Es stimmt, es scheint in Teilen der Welt eine andere Wahrnehmung zu geben, aber wir haben darauf wenig Einfluss. Wenn ich das beschreibe, heiße ich es nicht gut. Ich selbst liebe lieber unter US-amerikanischer Hegemonie als unter einer russischen Hegemonie. Wobei wir Europäer allerdings alles daransetzen sollten, unsere eigene Sicherheit selbst garantieren zu können und vor allem unsere Interessen auch selbstständig definieren sollten.

Wenn wir von Glaubwürdigkeit reden: Wo haben der Westen und seine Führungsmacht USA in den vergangenen zwei Jahrzehnten gegen Völkerrecht verstoßen – und wo tun sie das eventuell noch immer?

Den größten Schaden für die westliche Glaubwürdigkeit hat die Irak-Invasion der USA und ihrer Verbündeten angerichtet, auch wenn Deutschland und Frankreich sie verhindern wollten und es damit gar keine einheitliche westliche Front gab. Das war ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg. Eine fortgesetzte Völkerrechtsverletzung sehe ich in den extralegalen US-amerikanischen Tötungen von vermeintlichen Terroristen durch bewaffnete Drohnen in allen möglichen Weltregionen.

Eine der spektakulärsten Tötungen war die des Al-Kaida-Führers Aiman al-Sawahiri durch eine Drohne auf einem Balkon Kabuls nach dem Fall der afghanischen Hauptstadt...



Angriffe auf zivile Ziele. Russische Artilleriegeschosse haben viele Wohnhäuser, wie hier in der ukrainischen Stadt Bachmut, zerstört oder schwer beschädigt. Foto: AFP/Dimitar Dilkoff

Richtig. Dieser Fall hat viele Parallelen mit dem so genannten Tiergarten-Mord in Berlin. Der deswegen angeklagte russische Bürger wurde vom Kammergericht Berlin wegen Mordes zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Wenn ein Staat sagt, er habe in einem so genannten Krieg gegen den Terror jene Menschen zu töten, die er zu Terroristen deklariert, dann unterscheidet sich das nicht von der Rhetorik Wladimir Putins ...

Moment! Hat Putin denn die Verantwortung für den Tiergarten-Mord übernommen?

In dem Fall nicht. Aber Russland hat in vielen anderen Fällen Terrorbekämpfung so gerechtfertigt, selbst wenn die Gegenwehr dann zu Verbrechen ausartete. Na-

türlich ist die USA eine Demokratie, und Russland ist es nicht. Trotzdem ärgert mich, dass die Völkerrechtsverletzung durch die weltweiten Drohnenliquidationen kaum mehr thematisiert wird. Dabei hat sich diese Bundesregierung die Einhaltung und Förderung der Menschenrechte doch ganz groß auf ihre Fahnen geschrieben. Das nenne ich Doppelmoral.

Was erwarten Sie denn von der Bundesregierung?

Die Bundesregierung und an ihrer Spitze Olaf Scholz sollten sagen: Wir haben bestimmte Bedenken gegen diese Praxis. Das kann man doch in einer milden diplomatischen Form tun, aber nichts davon ist zu sehen oder zu hören. Es ist mir klar,

dass das in der gegenwärtigen Lage schwer ist, da es darum geht, die einheitliche Haltung des Westens gegen Russland zu bewahren. Das Dilemma sehe ich.

Würde der Globale Süden anders über den Westen denken, wenn Außenministerin Annalena Baerbock die US-Drohnenangriffe kritisieren würde?

Das ist nicht der wichtigste Punkt. Wir können das Völkerrecht nicht nur gegenüber Russland und China hochhalten, wir müssen das auch gegenüber uns selbst und auch unseren politischen Verbündeten tun. Die Regierung von Gerhard Schröder, und auch die von Angela Merkel, waren kritischer gegenüber Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen auch der USA als die Ampelkoalition, die sich so viel auf ihre moralischen Werte zugutehält. Das Argument, wonach jetzt Russland einen Krieg gegen die Ukraine führt und wir auf deren Seite stehen, entbindet uns doch nicht davon, überall und in jedem Fall für die Einhaltung des Völkerrechts einzutreten.

„Wir Europäer sollten alles daransetzen, unsere eigene Sicherheit zu garantieren“

Russland führt als Gegenargument auch gerne den Kosovo-Krieg der Nato an, aber damals ging es darum, einen Genozid zu verhindern. Damals war keiner der verfolgten Muslime in Kosovo oder Bosnien gegen die Nato-Intervention, heute wehren sich die Ukrainer mit allen ihren Möglichkeiten. Spielt das keine Rolle?

Es gibt nur zwei Möglichkeiten, das Gewaltverbot aufzuheben. Die eine heißt Selbstverteidigung, die andere ist eine Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Die gab es im Kosovo-Krieg nicht, deshalb war der Einsatz völkerrechtswidrig, auch wenn ihn der damalige Außenminister Joschka Fischer mit dem Grundsatz der so genannten Schutzverantwortung beziehungsweise als humanitäre Intervention begründete. Putin benützt nun das gleiche Narrativ, wenn er sagt, es komme darauf an, bedrohte Russen in der Ukraine zu schützen. Es spricht zwar viel dafür, dass er lügt, aber es ist prinzipiell das gleiche Argument.

Es ist doch vollkommen aus der Luft gegriffen, wenn Putin behauptet, es habe einen Genozid an der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine gegeben...

Auch ich glaube diesem Narrativ nicht, allerdings muss man sehr vorsichtig sein – und das sage ich jetzt auch als Strafrechts- und Menschenrechtspraktiker –, wenn man versucht, Ereignisse zu beurteilen, ohne selbst vor Ort zu sein. Das Erstaunliche und zugleich Bedenkliche ist doch: Wir haben hier eine flagrante Völkerrechtsverletzung Russlands, die zudem kontinuierlich verschärft wird, und trotzdem tun nur circa 40 Staaten tatsächlich etwas dagegen. Das muss uns doch umtreiben!

— Das Interview führten Caroline Fetscher und Hans Monath.

Kritik und Selbstkritik

Schwedens scheidende Ministerpräsidentin Magdalena Andersson spricht über eigene Fehler und das neue Mitte-rechts-Bündnis

BERLIN - Magdalena Andersson ist sich sicher. „Wir haben alles richtig gemacht, aber wir hatten schwache Partner“, sagt die scheidende schwedische Ministerpräsidentin. Denn obwohl ihre Sozialdemokraten mit über 30 Prozent als stärkste Partei bei den Wahlen am 11. September abschnitten und sogar Sitze dazugewannen, werden sie der neuen Regierung nicht angehören.

Drei Mitte-rechts-Parteien verständigten sich am Freitag in Stockholm auf ein neues Regierungsbündnis. An diesem Montag soll Ulf Kristersson, der bisherige Oppositionsführer und Vorsitzende der konservativen Partei „Die Moderaten“, zum neuen Ministerpräsidenten gewählt werden. Koalitionspartner werden die Christdemokraten und Liberalen sein. Kristerssons Regierung könnte dann schon am Dienstag präsentiert und von König Carl XVI. Gustaf im Amt vereidigt werden.

Die rechtspopulistischen Schwedendemoskraten, die bei den Wahlen zum ersten Mal als zweitstärkste Kraft abschnitten, werden der Koalition nicht angehören. An den Verhandlungen um das Regierungsprogramm waren sie dennoch beteiligt und ihr politischer Einfluss unter der neuen Regierung ist ihnen sicher. Denn für eine Mehrheit im Parlament ist die neue Minderheitsregierung auf die Unterstützung der Rechtspopulisten angewiesen. Für Magdalena Andersson steht außer Zweifel, wer die neue Regierung „an der Leine führen wird“: Jimmie Åkesson, der Vorsitzende der Schwedendemo-

kraten, die in den 1980er Jahren von Neonazis und anderen rechtsextremen Aktivisten gegründet worden waren.

Woher kommt die präzedenzlose Stärke der Rechtspopulisten? „Sie haben einen starken Wahlkampf gemacht“, erläutert Andersson im Gespräch mit dem Tagesspiegel. „Wir haben in Schweden eine schnelle Urbanisierung durchlebt. Vor allem Männer in den ländlichen Gegenden fühlen sich abgehängt.“ Die Schwedendemoskraten hätten es verstanden, diese Gruppen zu mobilisieren.

Topthema des Wahlkampfs der Rechtspopulisten war die Einwanderung. „Schweden hat mehr geflüchtete Menschen aufgenommen als irgendein anderes entwickeltes Land“, erläutert Andersson. War die schwedische Einwanderungspolitik also zu liberal? „Ja“, räumt Andersson ein, „deswegen haben wir sie letztlich verschärft.“ Allein 2016 seien über 160.000 Geflüchtete nach Schweden gekommen. Diese hohen Zuwanderungsraten seien für ein Land von 10 Millionen Einwohnern kaum zu bewältigen.

Die Kombination aus hoher Zuwanderung und einer nicht funktionierenden Integration stelle die schwedische Gesellschaft vor große Probleme. „Es gibt in Schweden Gegenden, in denen die Menschen kaum Schwedisch sprechen und nur wenige einen Arbeitsplatz haben“, so Andersson. „Junge Menschen sehen ihre Eltern nie zur Arbeit gehen, nehmen keine Teilhabe an der Gesellschaft wahr. Sie sehen keine Zukunft für sich selbst.“ Auf diese Weise würden sie zu einfachen

Opfern für kriminelle Organisationen, die ihnen ein Einkommen anböten. Kriminalität und Gewalt seien in Schweden stark angestiegen. „Wir erleben Schießereien auf offener Straße“, schildert Andersson.

Die neue Regierung will hart gegen Kriminalität vorgehen. Der designierte Ministerpräsident Ulf Kristersson kündigte an, Gefängnisstrafen für Bandenmitglie-

der, einschließlich derer unter 18 Jahren, erhöhen zu wollen. Es werde eine gründliche Prüfung des gesamten Strafrechtsbuches geben, „mit härteren Strafen für gewalttätige- und Sexualverbrechen“, schrieb Kristersson auf Facebook.

Schlägt die neue Regierung also einen vielversprechenden Kurs ein? „Nein“, meint Andersson, „die Mitte-rechts-Koalition führt Schweden in eine falsche



Abgewählt. Die scheidende sozialdemokratische Ministerpräsidentin Magdalena Andersson gibt zu, die Einwanderungspolitik sei zu liberal gewesen. Foto: AFP/Michal Cizek